

Repliken

Johannes Huinink

Die hervorragende Zukunft der Familienpolitik

Max Wingen zieht aus seinen „Anmerkungen zu 50 Jahre ‚Familienministerium‘“ den Schluss, dass die Familienpolitik in unserer Gesellschaft auch in Zukunft einen schweren Stand haben wird (Wingen, 2003, S. 290). Auch wenn er für diese Prognose zweifellos gute Gründe anführt, möchte ich ihr dennoch widersprechen. Man sollte vielleicht nicht zu vorschnell von der Vergangenheit auf die Zukunft schließen, auch nicht bei der Familienpolitik. Ich will meine diesbezüglichen *Erwartungen*, aber auch *Befürchtungen* in dem folgenden kurzen, bewusst eher essayistisch angelegten Beitrag erläutern.

Erwartungen

Ich widerspreche Max Wingen nicht als jemand, der wider besseres Wissen einem unverbesserlichen Optimismus frönt. Wingens Rückblick gibt dazu wenig Anlass. Man kann ihm entnehmen, dass die Politik nur zögerlich und einem eher traditionellen Familienverständnis folgend unterstützendes Engagement für die Familie entwickelt hat. Familie wurde zwar als fundamentale, aber als weitgehend unproblematische Institution wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung angesehen. Bis heute kann das Familienministerium als Sachwalter von Familieninteressen in der Regierung keine durchgreifenden, der Querschnittsaufgabe angemessenen Kompetenzen vorweisen, um sich gegen die Dominanz anderer Ressorts behaupten zu können. Der Einfluss der Familienlobby in unserer Gesellschaft ist vergleichsweise gering. Man weiß schließlich auch um die eher bescheidenen Wirkungsmöglichkeiten einer politikberatenden Familienwissenschaft, die seit langem unerhört richtige Forderungen formuliert. Dabei betrachteten namhafte Vertreter der Familienwissenschaft – aus guten Gründen – eine politische „Volladressierung“ der modernen Familie sehr kritisch. Max Wingen exemplifiziert das mit den Ausführungen zu Schelskys Kritik an der Einführung eines Familienministeriums, welche allerdings auch, wie Kaufmann treffend meint, „offensichtlich auf einer Vorstellung von Naturwüchsigkeit der Familie“ beruht, die sich heute als nicht tragfähig erweist (Kaufmann, 1995, S. 164). Immerhin war man sich in der Folgezeit darin einig, den besonderen Charakter moderner familialer Beziehungsformen zu betonen und ihre Verletzlichkeit gegen Eingriffe von außen hervorzuheben.

Meine Erwartung ist, dass eine Politik der Stärkung familialer, sozialer Beziehungen und der Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien in das Zentrum gesellschaftlicher Aufmerksamkeit rücken wird, die den

Ausbau und die Sicherung der Chancen zu sozialer Teilhabe und individueller Wohlfahrt seitens der Familienmitglieder intendiert. Diese Form „qualitativer“ Familienpolitik liegt im Interesse der Menschen und der Gesellschaft. Sie wird sich wohlmöglich hinter dem Rücken der Akteure in verschiedenen Feldern gesellschaftlicher Wohlfahrtsproduktion „nachhaltig“ Geltung verschaffen, da sich die individuelle und gesellschaftliche Nachfrage nach entsprechenden, familienbezogenen Leistungen gleichermaßen verstärkt.

Max Wingen schreibt im Schlussteil seines Beitrages: „Hochgradig individualistisch / privatistisch geprägte Geisteshaltungen (...) führen dazu, dass Familien mit Kindern – ... – in die Rolle des Hauptlastenträgers von Modernisierungsprozessen verwiesen sind. Aus einem grundlegend gesellschaftlichen Irrtum heraus wird in diesen Denkstrukturen Kinderhaben als eine reine Privatangelegenheit eingestuft, ...“ (Wingen, 2003, S. 291). So richtig diese Einschätzung als erste empirische Diagnose aktuell sein mag, so sehr muss man doch hinterfragen, ob sie sich auch theoretisch zwingend begründen lässt.

Die Entscheidung für eigene Kinder ist heute tatsächlich zuvorderst eine Angelegenheit der individuellen Lebensplanung von Frauen und Männern. Man bekommt keine Kinder (mehr) für den Staat oder die Gesellschaft. Man bekommt sie für sich – und Kinder zu haben, ist nicht mehr selbstverständlich. Das ist das Ergebnis eines irreversiblen, kulturellen Wandels der Prinzipien individuellen Lebensvollzugs in sich fortschreitend modernisierenden Gesellschaften. Ein anderer Modus der Reproduktion der Gesellschaft mit ihrer pluralistischen, demokratischen Verfassung wäre auch gar nicht denkbar oder wünschenswert.

Der Verdacht, dass die „individualistisch/privatistisch geprägten Geisteshaltungen“ das Interesse an Kindern zwangsläufig und ohne weiteres senken, muss allerdings hinterfragt werden. So argumentiert etwa Elisabeth Beck-Gernsheim, die eine wichtige Proponentin des Individualisierungsansatzes in der Familiensoziologie ist, dass Elternschaft für die individuellen Glückserfahrungen eine große Bedeutung behalte bzw. sogar eine zunehmende Relevanz für die Menschen entfalte (Beck-Gernsheim, 1997, S. 150). Empirisch wird bis heute der hohe Stellenwert von Elternschaft und Partnerschaft eindeutig belegt. Wir können also von einer starken (post)modernen Motivation zur Elternschaft ausgehen. Dieser Sachverhalt wird mit der spezifischen Qualität familialer Beziehungen begründet, die voraussetzungslos und unmittelbar den Rahmen für enge emotionale Beziehungen und Selbstwirksamkeitserfahrungen als Person bieten können und daher für die individuelle Entwicklung von Kindern und Erwachsenen – in einer individualisierten Welt zumal – so wichtig sind (Huinink, 2003). Die instrumentellen Funktionen familialer Beziehungen rücken demgegenüber weit in den Hintergrund. Darin unterscheidet sich die Elternschaft immer noch von allen anderen Sozialbeziehungen. Hinzu kommt, dass ihre Herstellung einem weitgehend in die eigene Macht der Menschen gelegten Akt obliegt. Die Gefahr, dass daraus eine asymmetrische, parasitäre oder verantwortungslose Beziehung des Erwachsenen dem Kind gegenüber steht, ist real, allerdings begrenzt, da nur die authentische Interaktion mit dem Gegenüber, die das Kind braucht, auch für den Erwachsenen den befriedigenden Charakter dieser besonderen Sozialbeziehung ausmacht.

So tut sich zwischen „Individualisierung“ und Elternschaft gar kein zwingender Widerspruch auf. Wir erleben, dass Familienbeziehungen eine gewandelte, nicht auf Instrumentalität beruhende Qualität für die Menschen gewonnen haben, die für sie höchst bedeutsam ist. Damit diese Qualität zum Ausdruck kommt, bedarf es aber nicht nur vorteilhafter Bedingungen für das Aufwachsen der Kinder oder menschwürdiger Bedingungen des Alterns. Diejenigen, die über die familiären Bande hier Verantwortung übernehmen, wollen und müssen ihr Leben auch über den Bereich der Familie hinaus gestalten können. Der Widerspruch zwischen Individualisierung und Elternschaft entzündet sich daher erst an der Tatsache, dass es auf Grund der gesellschaftlichen Strukturen einen Konflikt zwischen den berechtigten individuellen Interessen an Familie *und* benachteiligungsloser sozialer Teilhabe gibt. Will man diesen Konflikt lösen, entsteht eine interessen geleitete, individuelle „Nachfrage“ nach Unterstützungsleistungen, welche die nicht erodierende „Kernfunktion“ familialer, sozialer Beziehung schützen und stärken.

Auf der anderen Seite gibt es ein berechtigtes Interesse der Gesellschaft daran, von den „Früchten“ befriedigenden Familienlebens zu profitieren. Die Bereitschaft, die Bedingungen des Aufziehens und der Sozialisation der Kinder sowie des Familienlebens insgesamt so zu gestalten, dass die nachwachsenden Generationen und ihre Eltern für die Aufgaben der gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion gut gerüstet sind, sollte daher wachsen. Gesellschaftliche Institutionen sind selbst an der Ausbildung des zukünftigen Humanvermögens aktiv beteiligt. Sie müssen jedoch darüber hinaus dazu beitragen, dass Menschen ihr Interesse an erfüllender Elternschaft umsetzen können, ohne unverhältnismäßig im Hinblick auf soziale Teilhabe, soziale Anerkennung und materielle Wohlfahrt verzichten zu müssen. Der qualitative – und erst im Zuge damit der quantitativ-demographische – Beitrag familiärer Beziehungen an der Reproduktion von Humanvermögen ist so gleichsam als Nebenprodukt familienförderlicher Intervention zu betrachten, die es den Menschen erlaubt ihre persönliche Beziehungswelt befriedigend zu gestalten. Die Existenz sichernden Effekte der Familienentwicklung für das gesamte Gemeinwesen – die Ökonomen sprechen von den „externen Effekten“ – realisieren sich als nichtintendierte Konsequenzen des Handelns der Individuen.

Die in diesem Sinne evidente Koinzidenz individueller und gesellschaftlicher Interessenlagen könnte sehr viel stärker eine Fokussierung auf ein weit gefasstes familienpolitisches Programm bewirken, als wir es heute ermessen können. Dazu gehört paradoxerweise die Forderung einer De-Familialisierung von Leistungen in dem Sinne, dass instrumentelle Dienste von Familienmitgliedern einander gegenüber nicht vollständig, aber vermehrt, anderen Institutionen übertragen werden. Allerdings muss der Familie umgekehrt zu ihrem Recht verholfen werden, indem für familiäre Interaktion ein angemessener zeitlicher und räumlicher Rahmen verfügbar bleibt, in welchem die innerfamiliären Beziehungen ihre Qualität entfalten können (vgl. Wingens fünfter Brennpunkt). Die Lösung des erwähnten Konflikts ist daher nicht als Einbahnstraße zu sehen und erfasst so die gesamte Gesellschaft: Außerfamiliäre Zeit muss zurück in Familienzeit transformiert werden. Die besondere Attraktivität der Einbahnstraße rührt ja nur daher, dass damit relativ elegant das inhärente Problem der Gleichstellung der Geschlechter gelöst wird, indem Frauen völlig zu Recht ermöglicht wird, Familienzeit in Arbeitszeit zu transfor-

mieren. Das Umgekehrte verlangt etwas überaus Schwieriges, nämlich dass eine Rücktransformation außerfamilialer Zeit in Familienzeit für Frauen und Männer gleichermaßen ermöglicht werden muss.

Befürchtungen

Ich widerspreche Max Wingens Erwartung nicht in der beruhigenden Gewissheit, dass eine wachsende Bedeutung von Familienpolitik zu uneingeschränkt begrüßenswerten Entwicklungen führen muss. Akzentverschiebungen in den Zweckbestimmungen von Familienpolitik werden offenkundig. Angesichts der „demographischen Dimension“ in der aktuellen Diskussion werden sie sich weiter verstärken. Der Bedarf an Familienpolitik wird in der Öffentlichkeit, seitens der Politik und – das zeigt die Akzentuierung einiger der Brennpunkte Familien bezogener Diskussion bei Max Wingen – auch in der Familienwissenschaft immer häufiger mit dem Verweis auf Geburtendefizite, eine schrumpfende Bevölkerung und den Folgen der Alterung thematisiert. Es ist zwar nicht von der Hand zu weisen, dass man in unserer Gesellschaft begründet zugunsten einer Steigerung von Geburtenzahlen argumentieren kann. Es wäre aber ein verhängnisvoller Schritt, wenn die quantitative, demographische Perspektive in den Vordergrund des Interesses an der Familie träte.

Max Wingen widmet sich diesem Fragenkomplex mit seinem achten Brennpunkt. Er schreibt von einer „desaströsen Geburtensituation“ und postuliert: „Der Aspekt der gestaltenden Beeinflussung der Geburtenentwicklung darf in einer ganzheitlichen Familienpolitik, ..., nicht länger so ausgeblendet werden, wie dies bisher der Fall war.“ (Wingen, 2003, S. 286). Später fordert er die „Entwicklung einer ‚bevölkerungsbewussten Komponente‘“. Auch das Familienministerium verbindet mit ihrem Konzept der „nachhaltigen Familienpolitik“ unter anderem das Ziel einer höheren Geburtenzahl.

Über den Sinn, die Möglichkeiten und die Effekte bevölkerungspolitischer Intervention in unserer Gesellschaft besteht keine Einigkeit. Es ließe sich daher ausführlich darüber streiten. Ich will und kann hier darauf nicht weiter eingehen. In Fortsetzung der Argumentation zu meinem ersten Punkt will ich dagegen die These formulieren, dass eine bevölkerungspolitische Thematisierung der Familienfrage politische Motive für eine Familienförderung zu stärken droht, welche angesichts der gewandelten (Kern-)Funktion der Familie eine sehr problematische Wirkung entfalten könnte. Wird die Familienentwicklung der Logik des biologischen Reproduktionserfordernisses unterstellt, droht die Logik der oben skizzierten, intrinsischen individuellen Elternschaftsmotivation als primärem Moment der Familiendynamik relativiert zu werden.

Es mag ein positiver und willkommener Effekt von Familienpolitik sein, dass die jährliche Zahl der Geburten ansteigt, weil mehr Menschen Kinderlosigkeit vermeiden und die von ihnen gewünschte Zahl an Kindern realisieren können und wollen. Deshalb muss aber die Umkehrung des Schlusses deshalb keineswegs richtig sein, die bedeuten würde, dass aus bevölkerungspolitischem Kalkül Anreize zur vermehrten Elternschaft zu setzen wären. Eine bevölkerungspolitisch motivierte

Anreizpolitik, etwa unter Einsatz einer wahrscheinlich notwendigen, deutlich verstärkten monetären Komponente, unterstützt nicht die innerfamilialen, persönlichen durch intrinsische Motive getragenen Beziehungen, sondern droht nach dem Muster des ‚crowding out‘-Effekts den Wiedereinbruch des instrumentellen Kalküls in familiäre Beziehungszusammenhänge zu fördern (Frey, 1992). Vereinnahmungsversuche der Familie zugunsten einer Steigerung der Geburtenzahlen könnten so die Kernfunktion mit dem für die moderne Gesellschaft so wichtigen Leistungspotenzial von Familien schwächen. Sie würden extrinsische Motive zur Elternschaft stärken und zu unabsehbaren Folgekosten für die Gesellschaft führen.

Bislang wird dieses zweifellos von niemandem, schon gar nicht von Max Wingen, intendiert. Er weist in seinem Beitrag ausdrücklich darauf hin. Aber wollte man verneinen, dass die sich abzeichnende Zunahme der familienpolitischen Aufmerksamkeit auch auf die drohende, bis zu einem gewissen Grad nicht mehr zu verhindernde Implosion der Geburtenzahlen in den nächsten Jahren zurückzuführen ist? Und mutet die Rede von einer „ganzheitlichen Familienpolitik“ oder von einer „nachhaltigen Familienpolitik“ nicht ein bisschen an, wie ein die „political correctness“ wählender Versuch der Stärkung einer wirkungsvollen Komponente bevölkerungspolitischer Intervention im Kontext von Familienpolitik? Wenn das so wäre, dann würde Max Wingen mit seiner Bemerkung zum zukünftigen schweren Stand der Familienpolitik doch Recht behalten.

Literatur

- Beck-Gernsheim, E. (1988). Die Kinderfrage. München: Beck.
- Frey, B. (1992). Tertium datur: Pricing, regulation and intrinsic motivation. In: *Kyklos*, 45, 161-184.
- Huinink, J. (2003). Familie und Gesellschaft. In: Michael Feldhaus, Niels Logemann & Monika Schlegel (Hrsg.), *Blickrichtung Familie. Vielfalt eines Forschungsgegenstandes*. Würzburg: Ergon Verlag, 1-14.
- Kaufmann, F.-X. (1995). Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München.
- Wingen, M. (2003). Anmerkungen zu 50 Jahren „Familienministerium“ in Rück- und Ausblick. In: *Zeitschrift für Familienforschung*, 3/2003, S. 272-293.

Anschrift des Autors

Prof. Dr. Johannes Huinink
EMPAS – Institut für angewandte und empirische Soziologie
Universität Bremen
FVG-Mitte, Celsiusstraße
D-28359 Bremen

Tel.: ++49 0421/218-2163
Email: huinink@empas.uni-bremen.de